



Antrag

Fraktionen SPD, Linke, Bündnis 90/Die Grünen;

Ursprungsdrucksachenart: Antrag,
Ursprungsinitiator: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Beratungsfolge:

09.07.2008 BVV

BVV/17/VI

Betreff: Radio Multikulti muss der Region erhalten bleiben!

Die BVV möge beschließen:

Die BVV Pankow appelliert an den Senat von Berlin, die Intendanz des RBB und den Rundfunkrat des RBB, alles in ihrer Macht stehende zu unternehmen, um den Erhalt von Radio Multikulti über das Jahr 2008 hinaus zu sichern.

Wir fordern den Senat auf, sich intensiv, nachdrücklich und unverzüglich für eine Veränderung des Gebührenverteilungssystems innerhalb der ARD mit Wirkung von 2009 an einzusetzen, da trotz weitreichender Sparanstrengungen Einschnitte, sogar über die bereits beschlossene Einstellung von Radio Multikulti hinaus, in das Programmangebot des RBB drohen.

Wir bitten die Intendanz des RBB, sich auf das Wagnis einzulassen, ein Radioprogramm, welches 1994 auch als Antwort auf die Welle rassistischer Gewalt in Deutschland gegründet wurde, trotz knapper Mittel ab 2009 nicht einzustellen, sondern höchstens vorübergehend die Kooperation mit dem WDR auszuweiten.

Wir bitten den Rundfunkrat des RBB, sich wieder für eine Konzentration von Integration und Multikulturalität bei Radio Multikulti einzusetzen, da dies die Eckpfeiler des Programms sind, die nicht ohne Schaden für die Integration und das Zusammenleben auch in Pankow verrückt werden können.

Durch die Einstellung von Radio Multikulti würde eine gewachsene Struktur zerschlagen, die einen nicht mehr wegzudenkenden Integrations- und Kulturfaktor im Hörfunkangebot des RBB darstellt. In der Stadt haben sich HörerInneninitiativen gebildet, die sich vehement für ihr Programm einsetzen. Auch Pankower BürgerInnen bringen ihren Protest zum Ausdruck, Verbände sprechen sich für die Fortführung von Radio Multikulti aus. Wir bitten den RBB, diesen Protest als Unterstützung für eine Fortführung des Programms zu verstehen. Wir bitten den Senat darüber hinaus, diesen Protest als Ansporn aufzufassen, um die dringend notwendige Veränderung des Gebührenverteilungssystem zu erreichen.

Berlin, den 08.07.2008

Einreicher: Fraktionen SPD, Linke, Bündnis 90/Die Grünen
gez. BV Sabine Röhrbein, gez. BV Katja Haese, gez. BV Dr. Stefan Schneider

Ergebnis:

- _____ beschlossen
- _____ beschlossen mit Änderung
- _____ abgelehnt
- _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

- _____ EINSTIMMIG
- _____ MEHRHEITLICH
- _____ JA
- _____ NEIN
- _____ ENTHALTUNGEN

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
_____ zusätzlich in den Ausschuss für
_____ und in den Ausschuss für

Begründung: